

NÜRNBERGER



FRIEDENSFORUM

c/o Angela Rauscher
Königshammerstr. 15a
90469 Nürnberg
e-mail: info@friedensforum-nuernberg.de
Internet:
<http://www.friedensforum-nuernberg.de>
Sonderkonto:
Ewald Ziegler, Postbank Essen
IBAN: DE60360100430695292437
BIC: PBNKDEFF
10. März 2014

Sehr geehrte Damen und Herren.
Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Ukraine: Akute Kriegsgefahr

Wir sind besorgt über die jüngste Entwicklung in und um die Ukraine und fordern alle Konfliktparteien auf, ihre Streitigkeiten auf dem Weg von Verhandlungen zu lösen.

Von Russland fordern wir:

- Die Aktivitäten zur Loslösung der Krim von der Ukraine nicht länger zu unterstützen, da nach der UN-Charta eine Loslösung nicht einseitig, sondern nur einvernehmlich zulässig ist.
- Keine Umsetzung des Parlamentsbeschlusses, der die Regierung ermächtigt aus „humanitären Gründen“ in der Ukraine militärisch eingreifen zu können, sondern die Rücknahme dieses Beschlusses. „Humanitäre Interventionen“ haben noch nie ihr vorgegebenes Ziel erreicht, sondern sind völkerrechtswidrig. Und daran gewöhnen lassen wir uns weder durch häufiges Praktizieren von NATO-Staaten, noch durch Nachahmung durch Russland.

Von der EU und von den USA fordern wir:

- Alle Maßnahmen zur weiteren Eskalation zu unterlassen.
- Ihren Einfluss geltend zu machen, damit die faschistischen Kräfte aus der neuen Regierung in Kiew entfernt werden und in der Ukraine der Schutz von Minderheiten und alle demokratischen Rechte gewährleistet werden.

Nicht vergessen werden darf die Vorgeschichte der aktuellen gefährlichen Situation. Sie ist geprägt von äußerer Einmischung. Und das in einem Land, welches von großen sozialen Polarisierungen geprägt ist und von zum Teil gegensätzlichen Vorstellungen und Hoffnungen der verschiedenen Ethnien. Hinzu kommen Korruption und der Einfluss von Oligarchen unter allen bisherigen Regierungen seit der Unabhängigkeit. Und das alles überschneidet sich mit den Interessen der EU, der USA und Russlands.

Wer in eine solche gefährliche Gemengenlage einseitig Partei ergreift, handelt zumindest fahrlässig.

Altbundeskanzler Gerhard Schröder zur Ukraine:

"Ich frage mich, ob es richtig war, ein kulturell gespaltenes Land wie die Ukraine vor so eine Alternative zu stellen: Assoziierung mit der EU oder Zollabkommen mit Russland", sagte Altbundeskanzler Gerhard Schröder auf einer "Zeit"-Matinee in Hamburg. Er hätte es begrüßt, wenn die EU "beide Richtungen" möglich gemacht hätte. So aber habe die EU den "Anfangsfehler" begangen, der zum Konflikt zwischen Russland und der Ukraine führte.

"Natürlich ist das, was auf der Krim geschieht, ein Verstoß gegen das Völkerrecht", führte Schröder weiter aus. Dennoch wolle er seinen Freund, den russischen Präsidenten Wladimir Putin, nicht verurteilen. Er selbst habe als Kanzler beim Jugoslawien-Konflikt ebenfalls gegen das Völkerrecht verstoßen. "Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt - ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte." Insofern sei er mit dem erhobenen Zeigefinger vorsichtig, betonte Schröder.

(Nach Spiegel Online, 9. März 2014)

Die Vorgeschichte in Stichpunkten

1. Ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine unter Vertretung ihres gewählten Präsidenten Janukowitsch und der EU ist unterschriftsreif. Janukowitsch gilt als ehrbarer Vertragspartner. Man einigt sich aber nicht über die von Janukowitsch gewünschten Kredite. Janukowitsch unterschreibt das Abkommen nicht, sondern wendet sich Russland zu, das ihm Kredite anbietet. Dadurch wird im Westen aus dem Partner Janukowitsch ein Diktator.
2. Korruption, große Armut bei gleichzeitigem riesigem Reichtum und die Macht der Oligarchen sind die Auslöser der Demonstrationen, die sich vor allem auf den ärmeren westlichen Teil beschränken und am Anfang weitgehend friedlich verlaufen.
3. Die Protestbewegung erhält schnell ganz offen Unterstützung von EU und USA. Diese Unterstützung wird beibehalten als immer offensichtlicher Vermummte mit Helm und Schlagstock bewaffnet den Ton angeben. Sie stellen sich bewusst in die Tradition des führenden ukrainischen Nazi-Kollaborateurs Bandera. Barrikaden werden errichtet und Regierungsgebäude besetzt. Führende westliche Politiker besuchen die besetzten Gebäude und rufen die Regierung zur Zurückhaltung auf. Also reine Heuchelei, wenn man an Bannmeile, Vermummungsverbot, Vorgehen bei Blockaden oder an Seitentransparenze bei Demos in unserem Land denkt.
4. Am 20./21. Februar gibt es in Kiew tote Demonstranten und Polizisten zu beklagen. Dafür wurde die Regierung verantwortlich gemacht. Am 5. März wurde ein abgehörtes Telefonat zwischen dem estnischen Außenminister Urmars Peat und der Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik, Catherine Ashton, vom 26.02.14 ins Internet gestellt. Das Gespräch lässt auch ganz andere Schlüsse zu. Abzuhören mit deutschen Untertiteln unter <http://weltnetz.tv/video/532>
5. Unter internationaler Vermittlung, darunter Außenminister Steinmaier, unterzeichnen Regierung und Opposition am 21.02. ein Abkommen: Wahlen im Herbst, Entwaffnung der Demonstranten,
6. Dieses Abkommen hält keine 24 Stunden. Bewaffnete besetzen die Regierungsstellen, üben die Polizeigewalt aus, verhaften tatsächliche und vermeintliche Gegner, verwüsten deren Büros und installieren eine Regierung unter Einschluss offen rechtsradikaler und faschistischer Kräfte: Vizepremierminister, Vorsitzender des ukrainischen Sicherheitsrates, Generalstaatsanwalt und Agrarminister.

Aktuelles und Hintergrundinfos zur Ukraine unter www.Friedensratschlag.de

Ostermarsch am Ostermontag, den 21. April in Nürnberg

Bei der Erarbeitung des beiliegenden Ostermarschaufrufes konnten wir die aktuellen Ereignisse in der Ukraine noch nicht berücksichtigen. Wir werden versuchen in der Zeitungsanzeige durch einen abgesonderten Kasten das nachzuholen. Und die Reden am Ostermarsch sind eh aktuell.

Zeitungsanzeige: Wir bitten Sie mitzuhelfen, damit wir auch in diesem Jahr eine ansehnliche Ostermarschanzeige zustande bringen. Der Text mit Einverständniserklärung liegt bei.

Redebeiträge: Wir freuen uns, dass Dr. Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag bei uns sprechen wird. Beitrag Friedensforum und aus Ansbach zum Thema Drohnen muss noch geklärt werden.

Kultur: Wir konnten das Duo Werner Lutz und Mario Bock gewinnen.

Flugblatt wird erstellt. Buttonserstellung ist noch nicht geklärt.

Nächstes Treffen

Dienstag, den 20. Mai, um 19.00 Uhr

im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6 in Nürnberg.

Mit friedlichen Grüßen

Anna Beltinger

Arno Weber